

Leipziger Tageblatt

Morgen-Ausgabe

und
Handels-Zeitung
Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes
der Stadt Leipzig

112. Jahrgang

Bezugspreis: für Leipzig und Umkreis monatlich 1.00, vierteljährlich 2.80, halbjährlich 5.50, jährlich 10.00. Für den Rest des Reichs monatlich 1.20, vierteljährlich 3.50, halbjährlich 7.00, jährlich 13.50. Ausland: monatlich 1.50, vierteljährlich 4.50, halbjährlich 9.00, jährlich 17.00. Einzelhefte 10 Pf. Hauptverleger: Dr. Erich Everth, Leipzig.

Anzeigenpreis: für die Leipzig- und Umkreis-Beilage 10 Pf., für die Leipziger Beilage 15 Pf., für die Leipziger Beilage 20 Pf., für die Leipziger Beilage 25 Pf., für die Leipziger Beilage 30 Pf., für die Leipziger Beilage 35 Pf., für die Leipziger Beilage 40 Pf., für die Leipziger Beilage 45 Pf., für die Leipziger Beilage 50 Pf., für die Leipziger Beilage 55 Pf., für die Leipziger Beilage 60 Pf., für die Leipziger Beilage 65 Pf., für die Leipziger Beilage 70 Pf., für die Leipziger Beilage 75 Pf., für die Leipziger Beilage 80 Pf., für die Leipziger Beilage 85 Pf., für die Leipziger Beilage 90 Pf., für die Leipziger Beilage 95 Pf., für die Leipziger Beilage 1.00. Verlag: Dr. Reinhold & Co., Leipzig.

Nr 84

Freitag, den 15. Februar

1918

Das Ende von Brest-Litowsk

Lloyd George und Orlando

Die neuesten Reden Lloyd Georges und Orlando ergeben eine Zusammenfassung der Ansichten, die sich ganz offenbar von der Versäler Konferenz her schreibt. Auch mit der Wilsonschen Rede haben sie manches gemeinsam, immerhin unterscheiden sie sich auch von ihr, vor allem in einem wichtigsten Punkte: so gering die Friedensmöglichkeiten für absehbare Zeit und die Gelegenheit zum Entgegenkommen in der Wilsonschen Darstellung erscheinen, so steht es in den neuesten Reden des englischen und italienischen Staatsmannes noch weit schwächer damit! Sonst aber haben alle drei Reden viel Ähnlichkeit, in Inhalt und Form.

Alle drei erklären, daß die letzten Auslassungen unserer Staatsmänner keine geeigneten Anknüpfungspunkte bieten; alle drei wollen demgemäß den Krieg fortsetzen, Wilson mit einer noch unverkürzten Frist, der Dritte immerhin in erheblicher dankbarer Stimmung, der Italiener wiederum mit einer überraschenden Anspruchshöhe in seinen Forderungen. Das hat der neue Zusammenstoß der Westmächte, eben die Zusammenkunft von Versailles, zustande gebracht. Daß Frankreich, das noch nicht gesprochen hat, in diesem Bunde stehen, daß seine leitenden Männer auch nur in zweiter Reihe in diesem Chore stehen möchten, ist nicht anzunehmen. Hat man auch nach den Worten von Lloyd George den sehr bestimmten Eindruck, daß Frankreich in Versailles die Uebertragung der obersten Leitung der weiteren Kämpfe an einen französischen Entente-Generalissimus zur Bedingung seines weiteren unentwegten Durchhaltens gemacht hat, so scheint es doch eben auch, daß Frankreich diesen Wunsch durchgesetzt hat. Und ein solcher Erfolg innerhalb des eigenen Bundes mag immerhin belebend auf die französische Spannkraft wirken. Freilich handelt es sich bei allen diesen Abmachungen und Rundgebeten nur um die augenblicklich leitenden Männer. Aber so lange diese an der Spitze stehen, müssen wir eben mit ihnen nach Maßgabe ihres jetzigen Aussehens rechnen.

Was nun die Form der letzten Rundgebete anlangt, so hat das Schicksal so ziemlich angeordnet. Man legt zwar selbstverständlich die Erklärungen unserer Staatsmänner möglichst scharf aus, um den eigenen Völkern zu beweisen, daß der Krieg unumgänglich fortgesetzt werden müsse. Aber daneben verraten die Reden doch ein gewisses Maß wirklichen Zutrauens und überzeugter Entschlossenheit. Wir wären trübselig, wenn wir uns das zu verhehlen trachteten, denn das hieße den Feind unterschätzen. In den sachlicheren Tönen, die jetzt angeschlagen werden, darf man keine Annäherung und keine Verbesserung der Friedensaussichten sehen. Eher das Gegenteil. Wer schimpft, pflegt sich nicht ganz sicher zu fühlen, wer dagegen auf Schmähungen des Feindes verzichtet, hat gewöhnlich mehr Zutrauen zu dem Ausgang der eigenen Sache. Und eine solche Zuversicht scheint auswendig in den regierenden Kreisen der Entente ziemlich verbreitet zu sein, — trotz Rußland, trotz der Ukraine und Rumänien.

Ja, man wird vielleicht sogar umgekehrt sagen können: gerade deshalb ist die Entschlossenheit drüber um so größer. Gerade weil wir im Osten freier geworden sind, ist im Westen die Besorgnis vor unserem Stöße erhöht worden, und so sind manche Meinungsverschiedenheiten zwischen unseren Feinden zurückgetreten. Die gesteigerte gemeinsame Gefahr hat sie wieder näher zusammen geführt, als sie sich vorher zeitweilig standen. Der drohende Angriff läßt sie begreiflicherweise alle ihre Kräfte zur Abwehr sammeln. Der Ausfall der östlichen Front hat also auf die westliche Front auch unserer Feinde verstärkend gewirkt. Unsere Entlastung im Osten hat unsere Widerstandsfähigkeit im Westen, aber freilich auch den Widerstand gesteigert, den wir finden werden. Der Widerstand wird nicht bloß stärker, wenn wir angeblende Zeichen von Schwäche geben, sondern auch, wenn unsere Aussichten auf Erfolg wachsen.

Wenn Lloyd George von Asquith eine ziemlich hartnäckige Opposition erfährt, so liegen die Gründe recht innerhalb der Entente, in der technischen Frage des Oberbefehls und in Forderungen des englischen Prestiges, das einen französischen Oberbefehl nicht dulden will. Aber es ist — wenigstens in der augenblicklichen Gegnerschaft der beiden Männer — keine Meinungsverschiedenheit über die Fortsetzung oder die Führung oder das Ziel des Krieges zu finden. Freilich könnte Lloyd George auch über jene internen und technischen Fragen stolpern und stützen, und dann wäre die Wirkung seines Sturzes ebenso groß — und man darf wohl sagen so unergiebig an Bedeutung —, als wenn er aus grundsätzlicher Gegnerschaft wegen seiner ganzen Auffassung des Krieges beiseite würde. Vorläufig aber ist er nicht gestürzt, und wir müssen daher die Lage klar sehen. Die Erkenntnis, daß die augenblicklich leitenden Männer der Entente einig zu sein scheinen, als es lange Zeit der Fall war, kann unserer Entschlossenheit, zu kämpfen, nur zugute kommen. Heute kann für niemand mehr ein Zweifel bestehen, daß wir angepannt weiter kämpfen müssen, wenn wir die Aussicht behalten wollen, daß der Krieg in absehbarer Zeit zu Ende gehen kann.

Lloyd George

will die Vertrauensfrage stellen

Wien, 14. Februar. (Eigener Drahtbericht.) „Daily News“ melden, Lloyd George hat in vertraulichen Besprechungen mit liberalen Führern des Parlaments seine Absicht kundgegeben, bei der kommenden Beratung über den neuen Kriegskredit für das Kabinett die Vertrauensfrage im Unterhause zu stellen. — Die „Morning Post“ meldet, die Trennung haben Fragen an den Ministerpräsidenten eingebracht über die Frage der Anwendung des Selbstbestimmungsrechtes der Nationen auf Irland.

Die Beratungen im Hauptquartier

© Berlin, 14. Februar. (Drahtbericht unserer Berliner Schriftleitung.) Bei den Besprechungen im Hauptquartier ist, wie wir bereits mitteilen konnten, völlige Uebereinstimmung in allen schwebenden Fragen erzielt worden. Im Vordergrund der Beratungen stand naturgemäß die neue Sachlage im Osten, die, wie wir hören, in Berlin folgendermaßen beurteilt wird: Der Waffenstillstand ist seinerzeit ausdrücklich zu dem Zweck abgeschlossen worden, um einen Frieden zwischen den beiden Parteien herbeizuführen. Ein solcher Friedensschluß ist leider nicht erreicht worden. Damit ist der eigentliche Zweck des Waffenstillstandes hinsichtlich geworden und es würde nach Ablauf der vorgeschriebenen Frist automatisch der Kriegszustand wieder in Kraft treten, ein Rechtszustand, an dem auch eine allseitige Demobilisation seitens Rußlands nichts ändern könnte.

Frankfurt a. M., 14. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Wie die „Frk. Ztg.“ meldet, nahm an den gestrigen Besprechungen im Großen Hauptquartier außer den vier bereits genannten Persönlichkeiten Stolthendorff und v. Capelle teil. Der Staatssekretär des Auswärtigen v. Kühlmann und der Vizekanzler von Pappe kehrten gestern abend mit Hindenburg ins Große Hauptquartier zurück. Die Besprechung dauerte mit einer halbstündigen Unterbrechung von nachmittags 3 Uhr bis 7 1/2 Uhr abends.

Radoslawow in Berlin

© Berlin, 14. Februar. (Drahtbericht unserer Berliner Schriftleitung.) Der bulgarische Ministerpräsident Radoslawow, der augenblicklich in Berlin weilte, wird morgen voraussichtlich über Wien nach Sofia abreisen. Er wird Berlin jedenfalls erst nach der Rückkehr des Reichskanzlers und des Herrn von Kühlmann verlassen, die morgen aus dem Großen Hauptquartier erwartet werden. In Ehren Radoslawows gibt

Die letzten Sitzungen in Brest-Litowsk

Wien, 14. Februar. (Drahtbericht.) Ueber den Verlauf der beiden letzten Sitzungen der deutsch-österreichisch-ungarisch-russischen Kommission zur Regelung der politischen und territorialen Fragen, die mit der bekannten Erklärung Trojki ihren Abschluß fanden, wird nachträglich noch folgendes bekannt:

Die Sitzung der Kommission am 9. Februar leitete Staatssekretär von Kühlmann damit ein, daß er die in Aussicht gestellte zusammenfassende Darlegung über das Ergebnis der bisherigen Besprechungen gab. Ohne auf alle Einzelheiten einzugehen, stellte der Staatssekretär fest, daß eine erhebliche Annäherung der beiderseitigen Standpunkte auch durch die sehr eingehenden Debatten nicht habe erzielt werden können. Er persönlich habe nicht den Eindruck, als ob eine weitere Erörterung aus der bisher von beiden Parteien eingenommenen Grundlage einen günstigeren Erfolg versprechen könnte, als bisher die Verhandlungen gehabt hätten. Es ergebe sich ohne weiteres aus der ganzen Sachlage, daß eine unumschränkte Ausdehnung von Verhandlungen, die

keine Aussicht auf Erfolg versprechen, nicht ins Auge gefaßt werden könnte. Wenn er heute nochmals das gesamte Problem zur Besprechung stelle, so gefehle es in der Absicht, ausfindig zu machen, ob sich etwa noch ein Weg der Verständigung finden lasse. Der Vollständigkeit halber wolle er bemerken, daß die rechtspolitischen Fragen zwischen den Spezialkommissionen bereits eine eingehende Erörterung gefunden hätten, so daß im Falle einer Einigung über die politischen Fragen ein Abschluß auf diesem Gebiete hoffentlich keine ernstlichen Schwierigkeiten bieten würde. Auf dem Gebiete der Handelsfragen sei man noch nicht soweit gekommen, aber auch hier sei eine befriedigende Lösung nicht ausgeschlossen.

Der Minister des Außeren Graf Czernin führte hierauf aus, seit Wochen beschäftigte man sich mit einer unfruchtbaren Erörterung darüber, wie gewisse territoriale Veränderungen an der russischen Westgrenze zu qualifizieren seien. Ein auch noch so langes Hin- und Hergehen in ihrem Wesen theoretischen Erörterungen biete wenig Aussicht auf Einigung. Er möchte aber die Frage aufwerfen, ob eine solche Einigung vom Standpunkte eines Friedens aus wirklich unbedingt nötig sei. Es scheint ihm auf Grund der bisherigen Diskussion keineswegs festzustellen, daß sich bezüglich dieser Veränderungen selbst eine Einigung nicht erzielen lassen werde. Er schlage deshalb vor, die Frage offen zu lassen, wie die geplanten Änderungen anzufassen seien, und, ohne diese Frage zu berühren, festzustellen, ob die Gestaltung dieser Veränderungen tatsächlich dem Abschluß eines Friedens Hindernisse in den Weg legen würde oder nicht.

Herr Trojki entgegnete: Vom russischen Standpunkte sei die Annahme, die die Gegenpartei dem Grundgesetz des Selbstbestimmungsrechtes der Völker geben wolle, gleichbedeutend mit der Ablehnung dieses Grundgesetzes. Infolgedessen sei die Erörterung auf der Grundlage dieses Prinzips allerdings hoffnungslos gemein. Wenn er sich der Frage nach der Bedeutung der gemäß den Vorschlägen der Gegenpartei für Rußland vorgesehenen neuen Westgrenze zuwenden, müsse er darauf hinweisen, daß

die geplante neue Grenzführung vom Gesichtspunkte militärischer und strategischer Rücksichten beurteilt werden müsse; das müsse er den militärischen Beiräten der Delegation überlassen. Es sei aber jetzt eine neue Schwierigkeit entstanden durch die Stellungnahme des Vierbundes gegenüber der Ukraine. Die ukrainische Volksrepublik sei vom Vierbunde anerkannt worden, so, wie er hörte, hätten die Vertreter des Vierbundes mit den Bevollmächtigten der Kiemer Rada einen

Friedensvertrag unterzeichnet, in dem angeblüh auch die Abgrenzung der ukrainischen Gebiete be-

morgen Unterstaatssekretär Frhr. von dem Busche-Haddenhausen ein Frühstück.

Ein Friedensmanifest Kaiser Karls

Wien, 14. Februar. (Drahtbericht.) Der Kaiser hat folgendes Manifest erlassen:

„An meine Völker! Dank Gottes gnädigem Beistande haben wir mit der Ukraine Frieden geschlossen. Unsere kriegsreichen Waffen und unsere mit unerbittlicher Ausdauer verfolgte aufrichtige Friedenspolitik haben die erste Frucht des uns in der Erhaltung geführter Verteidigungskampfes gezeigt. In Vereinen mit meinen schwergeprüften Völkern vertrete ich darauf, daß nach dem ersten für uns so erfreulichen Friedensschlusse bald der allgemeine Friede der leidenden Menschheit gegönnt sein werde. Unter dem Einbruche dieses Friedens mit der Ukraine wendet sich unser Blick voll Sympathie jenem strebsamen jungen Volke zu, in dessen Herzen zuerst unter unseren Gegnern das Gefühl der Nächstenliebe wirksam wurde, und welches nach in zahlreichen Schlachten bewiesener Tapferkeit auch dazu genügende Entschlossenheit befaß, um seiner besseren Ueberzeugung vor aller Welt durch die Tat Ausdruck zu verleihen. So ist es denn als erstes aus dem Lager unserer Feinde ausgesprochen, um im Interesse der möglichst raschen Errichtung des nunmehr gemeinsamen großen Zieles seine Bestrebungen mit unserer Kraft zu vereinen. Habe ich mich schon vom ersten Augenblicke an, als ich den Thron meiner erlauchten Vorfahren bestieg, ein Gefühl mit meinen Völkern in dem felsenfesten Entschlusse, den uns aufgebrachten Kampf bis zur Erreichung eines ehrenhaften Friedens auszufochten, so fühle ich mich um so mehr ein mit ihnen in dieser Stunde, in welcher nunmehr der erste Schritt zur Verwirklichung dieser Ziele erfolgt ist. Mit Bewunderung und liebevoller Anerkennung für die seit übermenschlicher Ausdauer und unerschütterlicher Opferbereitschaft meiner heldenhaften Truppen sowie jener, die täglich dahel nicht mindere Aufopferung brachten, blühe ich voll Zuversicht in die nahe glückliche Zukunft. Der Unwiderstehliche lege uns weiter mit Kraft und Ausdauer, auf daß wir nicht nur für uns und unsere treuen Verbündeten, sondern auch für die ganze Menschheit den endgültigen Frieden erreichen.“

Am 12. Februar 1918. Karl m. p. Selbster m. p.

handelt sei. Redner protestierte in eingehenden Darlegungen gegen dieses Vorgehen der Rada des Vierbundes und bemerkte u. a. diese Handlungsweise müsse Zweifel hervorrufen, ob die Mittelmächte zu einer Verständigung mit der Regierung des federativen Rußlands gelangen wollten. Er erklärte deshalb, daß der angeblüh unterzeichnete Vertrag mit der Kiemer Rada für das ukrainische Volk und für die Regierung von ganz Rußland

keinerlei Geltung haben könnte. Unter Bezugnahme auf die Bemerkungen des Herrn Trojki, daß die als russische Westgrenze in Aussicht genommene Grenzlinie einer Besprechung durch Sachverständige bedürfe, machte

Staatssekretär von Kühlmann

zunehmend den Vorschlag, die Frage der Grenzziehung einer Unterkommission zu überweisen, die am Schluß der Sitzung zu bilden wäre und die in einer auf den folgenden Tag anzuberaumenden Sitzung der politischen Kommission über das Ergebnis ihrer Besprechungen zu berichten hätte. Es ergebe sich, so fuhr Staatssekretär von Kühlmann fort, aus der Wichtigkeit und grundlegenden Bedeutung der von dieser Unterkommission zu behandelnden Frage ohne weiteres, daß der Bericht dieses Unterausschusses für

den weiteren Schicksal der Verhandlungen von ausschlaggebender Bedeutung sein werde. Wenn er mit einigen Worten auf die bei der Grenzziehung maßgebenden allgemeinen Gesichtspunkte eingehe, so gefehle dies deshalb, weil in der Unterkommission in erster Linie die technische Frage zur Besprechung kommen solle. Bei der Ziehung der Grenzlinie, wie sie seitens der Verbündeten der russischen Delegation vorgeschlagen worden sei, seien in erster Linie politische Gesichtspunkte maßgebend gemein. Es sei der Versuch gemacht worden, für Polen, Litauen und Estland diejenigen Grenzen zu finden, welche der geschichtlichen Abgrenzung und ethnographischen Lage am besten entsprechen. Gewissen Abweichungen des Vorredners gegenüber, als ob den verbündeten Zentralmächten bei der Ziehung dieser Grenzlinie irgendwelche Pläne im Hinblick auf Rußland vorgeschmeichelt hätten, bemerkte Staatssekretär von Kühlmann, er brauche Trojki nur auf die dauernde Grundlage der deutschen Politik hinzuweisen, die in der Pflege eines guten freundschaftlichen Verhältnisses zu dem großen östlichen Nachbarn bestanden habe bis zu dem Augenblicke, wo durch die Vorgänge, die der russischen Delegation ebenso gut oder besser bekannt seien wie der deutschen,

dem deutschen Volk der Kampf mit Rußland aufgegeben worden sei.

Die deutsche Politik werde dem neuorganisierten Rußland gegenüber immer ein freundschaftliches Verhältnis anstreben unter Vermeidung der Einmischung in seine inneren Verhältnisse, sobald dieser Krieg einen entscheidenden Abschluß gefunden haben werde. In den Ausführungen des Volkskommissars über die Haltung der Mittelmächte gegenüber der ukrainischen Volksrepublik bemerkte Kühlmann,

der Vierbund müsse es sich vorbehalten, selbst darüber Richter zu sein, welche Staaten er anerkennen für gut befände. Die Mächte des Vierbundes hätten in der Tat mit den Vertretern der ukrainischen Volksrepublik einen Friedensvertrag abgeschlossen, der das Datum des heutigen Tages trage. Hieraus hätten sich für die Mittelmächte ohne weiteres die nötigen Folgerungen ergeben, und es könne keine Förderung der Verhandlungen von der Erörterung des staatsrechtlichen Verhältnisses der Ukraine erwarten. Was das zukünftige Schicksal der in den besetzten Randgebieten lebenden Völker angeht, so beziehe er sich auf die bei den bisherigen Verhandlungen von den Vertretern der Mittelmächte abgegebenen Erklärungen sowie auf die Darlegungen, die über diese Frage von den Staatsmännern Deutschlands und der verbündeten österreichisch-ungarischen Monarchie vor ihren Volksvertretern gemacht worden seien. Trojki der von den Mittelmächten vertretenen und selbstgehaltenen Auffassung, wonach das Selbstbestimmungsrecht in diesen Gebieten bereits ausgeübt worden sei, seien die verbündeten Regierungen bereit, durch planmäßige

Ausbau der bestehenden Vertretungskörper die Möglichkeit einer Rundgebung auf breiterer volkstümlicher Grund-

...

...